

„Zusammenarbeit“ als Gefolgschaft. Über Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR

I.

„Mit unserer vorbehaltlosen Zustimmung zu der auf dem X. Parteitag der SED entwickelten ökonomischen Strategie der achtziger Jahre stellen wir uns offensiv und realistisch den Anforderungen unserer Zeit, helfen wir mit, eine Gesellschaftsordnung weiter zu festigen, in der das Lachen des einen nicht mehr auf dem Weinen des anderen beruht. [...] Wir alle, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, stehen in der Pflicht, als Bündnispartner der Arbeiterklasse und ihrer Partei der SED – der führenden Kraft unseres Landes – den konstruktiven Kurs kameradschaftlich miteinander [...] zum Nutzen unseres gesamten Volkes fortzusetzen.“¹

Mit diesem pathetischen Apell, getragen von der dezidierten Subordination unter die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei, schloss Klaus-Peter Weichenhain im April des Jahres 1983 in Weimar eine Konferenz des LDPD-Zentralvorstandes mit den 214 Kreisvorsitzenden aus allen fünfzehn Bezirken der DDR. Weichenhain, der nach dem Studium und anschließender Anstellung als Lehrer bereits im Alter von 26 Jahren in Frankfurt/Oder in den hauptamtlichen Parteidienst der LDPD eintrat, wurde im Jahr 1975 mit 34 als einer der jüngsten Bezirks-Vorsitzenden überhaupt im als problematisch geltenden Grenzbezirk Suhl eingesetzt. Er war in der parteiinternen Kadernomenklatur rasch emporgestiegen. Dies war zum einen seinem rhetorischen Talent, besonders jedoch seinem politischen Aufstiegswillen und dem anhaltend demonstrativen Eintreten für die ideologische Linie in der „Bündnisfrage“ und damit für die Unterstützung der SED-Herrschaft in der DDR geschuldet. Zuvor bereits an sämtlichen Instanzen LDPD-interner Partei-

1 Schlusswort Weichenhain auf der Weimarer Konferenz des Zentralvorstands der LDPD mit den Kreis- und Stadtbezirksvorsitzenden am 13.4.1983, undatiert, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Nachlässe, NY 4631 Vol. 4, Bl. 11 f.

schulungseinrichtungen² ausgebildet, erhielt er schließlich mit 40 Jahren das Angebot, von seinem Posten in Suhl als Sekretär³ in den Zentralvorstand in Berlin aufzurücken. Diese Karrierechance ließ er sich nicht entgehen. 1981 war er im Kreis der Parteispitze der LDPD angekommen.⁴

Ideologisch-agitatorische Überzeugungsarbeit wie in der eingangs zitierten Ansprache hatte Weichenhain nicht nur unter den hauptamtlichen Parteifunktionären geleistet. Auch in der Öffentlichkeit hatte er sich noch als Bezirksvorsitzender immer wieder mit vergleichbaren Zeitungsartikeln und Vorträgen zur Rolle der LDPD im Sozialismus und zum Selbstverständnis der Blockpartei hervorgetan: „Unmittelbar an der Scheidelinie zwischen Sozialismus und Imperialismus, im Grenzbezirk Suhl lebend, können wir aus unserem persönlichen Leben die Feststellung, dass wir alle [...] in einer Zeit schärfster Klassenauseinandersetzung leben, bestätigen.“ So beginnt etwa ein mit dem Titel „Wir haben die Freiheit im wahrhaftigen Sinne“ überschriebener Presseartikel Weichenhains aus dem Jahr 1977.⁵

Wie doppelbödig jedoch der Begriff der Freiheit – in diesem Fall auch für den ranghohen Funktionär Weichenhain persönlich – gewesen ist, lässt sich heute, viele Jahre nach dem Ende der DDR und der damit verbundenen Öffnung der Archive, in der Behörde des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR nachvollziehen. Dort befindet sich mit einem rund 700 seitigen, vier Bände umfassenden Vorgang der sog. „Archivierten Operativen Personenkontrolle“ (AOPK) zu Weichenhain ein – auch in diesem Umfang singuläres – Zeugnis darüber, wie fehlgeleitet dessen propagierter, an Theoreme des Marxismus-Leninismus angelehnter Freiheitsbegriff gewesen ist. Während der ehemalige Bezirksvorsitzende sich sicher wähnte, mit der Verbreitung der einheitssozialistischen Dogmen in den Reihen der eigenen Mitgliedschaft und der weiteren Öffentlichkeit den Ansprüchen der „führenden Arbeiterpartei“ Genüge zu tun, lief hinter den Kulissen ein – wie es in der Sprache des Ministeriums für Staatssicherheit

2 Weichenhain besuchte 1964, 1965 und 1966/67 Lehrgänge an der zentralen LDPD-Partei-
schule „Wilhelm-Külz“ in Bantikow, vgl. den Abschlussbericht der Abteilung XX des MfS
vom 19.10.1976, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), AOPK 564/80, Bd. I, Bl. 217.

3 Zum Aufbau der Parteihierarchie und der Bedeutung der Sekretäre des Zentralvorstands der
LDPD vgl. Gerhard Papke: Die LDPD. Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der
Blockparteien – Die LDPD. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Machtstrukturen und Ent-
scheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der
Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in
Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4 Baden-Baden/Frank-
furt am Main 1995, S. 2399-2463, hier S. 2410-2417.

4 Umfangreiche berufsbiografische Informationen zu Weichenhain finden sich in dessen
Nachlass in der SAPMO, NY 4631, Vol. 1-12, hier Vol. 3, unpaginiert.

5 Zitiert aus der LDPD-Parteizeitung „Der Morgen“, vom 5./6. März 1977, SAPMO, Nachläs-
se, NY 4631 Vol. 2, unpaginiert.

(MfS) hieß – „konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung“ gegen ihn. Und dies bereits über einen Zeitraum von über zehn Jahren.⁶

Diese nicht zu lösende Ambivalenz von Freiheit und Kontrolle, Autonomie und Abhängigkeit kann als symptomatisch für die LDPD auf der hier untersuchten Bezirksebene in der DDR betrachtet werden. Ambivalenzen und Brüche ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieser – im SED-Jargon sogenannten– „befreundeten Partei“. Nicht nur bezogen auf das politische Agieren der Liberal-Demokraten in den Bezirken insgesamt und besonders deren führenden Bezirksfunktionären, sondern auch im ideellen Sinne des Selbstverständnisses der Parteifunktionäre und der einfachen Parteimitglieder. Das noch von bürgerlich-liberalen Positionen getragene Eisenacher Programm war zwar bereits 1953 auf dem V. Parteitag der LDPD in Dresden über Bord geworfen worden.⁷ Fortan verfügte die LDPD außer einer Reihe von Grundsatzserklärungen formal über kein eigenes Programm mehr und die Parteiführung rief ihre Mitglieder immer wieder zur Anerkennung der „Normen der sozialistischen Moral und Ethik“ und der sozialistischen Gesellschafts- und Machtverhältnisse⁸ unter der Führung der SED auf. Jedoch blieb die LDPD, sei es wegen des Attributes „liberal“ als „historischem Relikt“ im Parteinamen,⁹ sei es wegen der Interessensvertreterfunktion für diejenigen Schichten in der DDR, die als sogenannter „Mittelstand“¹⁰ wenig Bindung an den sozialistischen Staats- und Gesellschaftsentwurf der SED hatten, eine gesplante Partei. Sowohl während des Untersuchungszeitraumes vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989 als auch bereits zuvor blieb vor allem die kaum aufzulösende „Diskrepanz zwischen der Führung und den Mitgliedern“, wie es Gerhard Papke bereits 1995 formulierte, „eine feste Konstante.“

Nimmt man die eingangs zitierten Ausführungen in der Rede Klaus-Peter Weichenhains inhaltlich noch einmal näher in Augenschein, erkennt man darin deutlich die Züge der Ende der 1980er Jahre vom Politischen Ausschuss der Parteispitze unter der Leitung vom Parteivorsitzenden Manfred Gerlach zusammengefassten, formal an den vulgärmarxistischen Duktus der SED erinnernden fünf „unverrückbaren Grundsätze“ der Politik der LDPD. Diese lauteten zusammengefasst wie folgt:

„1. Die LDPD handelt als Teil der Nationalen Front und anerkennt bewußt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei [...].

6 Die Sammlung der AOPK in der BStU beginnt mit dem Überlieferungsjahr 1967 und reicht bis zum Jahr 1980. Ziel war es, die politische Zuverlässigkeit des Funktionärs dauerhaft zu überwachen. Vgl. BStU, BV Suhl, AOPK 564/80 Bd. I-IV.

7 Vgl. Papke: Die LDPD (wie Anm. 3), S. 2404.

8 Vgl. ebd., S. 2405.

9 Vgl. ebd., S. 2406.

10 In der DDR hatte es selbstverständlich aus dem ideologischen Grund des Egalitätspostulates offiziell keinen solchen „Mittelstand“ gegeben.

2. Die LDPD trägt die Arbeiter- und-Bauern-Macht mit, die Alternative zur Herrschaft der Bourgeoisie auf deutschem Boden.
3. Die LDPD leistet auf eigenständige Weise einen höchstmöglichen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.
4. Die LDPD vertieft sozialistische Grundüberzeugungen und die Liebe zum sozialistischen Vaterland.
5. Die LDPD geht davon aus, daß die 'deutsche Frage' politisch entschieden ist. Die DDR verkörpert alles Fortschrittliche in der deutschen Geschichte und die nationale Zukunft.¹¹

Das Formulieren und besonders das Propagieren dieser Dogmen, die ohne Abweichung der von der SED für die Liberaldemokraten vorgesehenen ideologischen Position entsprachen, war ein dezidiertes Herrschaftsanspruch der SED an die LDPD. Ihre Funktionäre auf Bezirksebene – und keineswegs nur dort – wurden aus der Sicht der SED ihrer Rolle als „befreundete“ Partei immer dann gerecht, wenn sie sich „vor allem der politisch-ideologischen Arbeit zur Klärung der Grundfragen der Politik unseres sozialistischen Aufbaus und der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus immer zielstrebtiger zuwenden.“¹²

Diese zitierte Zuschreibung hatte der gerade von einer ZK-Sitzung in Berlin zurückgekehrte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt, den versammelten Parteimitgliedern der Liberaldemokraten des Bezirkes Schwerin auf deren Bezirksparteitag im Winter des Jahres 1971 in die Notizbücher diktirt.

II.

Das Zitat von Bernhard Quandt leitet unmittelbar über zu den Herrschaftsansprüchen der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR im engeren Sinn.

Die mannigfaltigen impliziten und relativ überschaubaren expliziten Vorgaben der SED an die LDPD, die man in den Beständen des Archivs des Liberalismus in Gummersbach sowie in den verschiedenen Landesarchiven Ostdeutschlands zusammentragen kann, lassen sich zu vier Herrschaftsansprüchen idealtypisch zu verdichten. Diese sollen im Folgenden kursorisch vorgestellt und drei davon anschließend näher ausgeführt werden.

11 „Aus der Arbeit des Politischen Ausschusses und des Sekretariates des Zentralvorstandes, Neue Beschlussakte“. In: LDPD-Informationen 11/88, S. 6.

12 Landeshauptstaatsarchiv Schwerin (LHSA), Bestand 10.34-3, Band 3, Akte 2272, Bl. 1.

1. Ideologie-Katalysator

Der erste – und vielleicht auch der wichtigste – Anspruch der SED an die LDPD bestand darin, dass die Funktionäre der LDPD innerhalb der Mitgliedschaft im Allgemeinen und in der der Partei zugewiesenen Bevölkerungsschicht des „Mittelstandes“ im Besonderen – also unter den Handwerkern, der sog. „Intelligenz“, den privaten Gewerbetreibenden – in den Bezirken zu wirken hatten als Katalysator der politischen Ideologie und der politischen Linie der SED. Der LDPD kam so die Rolle als sozialistisches Indoktrinationsinstrument in einem gesellschaftlichen Teilssegment zu.

2. Wachstums-Initiator

Der zweite Anspruch der SED an die LDPD bestand darin, dass die Liberaldemokraten dafür sorgen sollten, im Rahmen der berufsbezogenen und wirtschaftspolitischen Zielgruppenzuordnung innerhalb ihrer Klientel sowohl punktuelle als auch dauerhafte, zuvor freilich von der SED entweder angestoßene oder zumindest autorisierte Impulse zum konkreten Wirtschaftswachstum in den Bezirken der DDR zu initiieren. Auf diese Weise war es nach dem Willen der SED an der LDPD, ihren Beitrag zu leisten bei der Lösung spezifischer „Grundfragen unserer politischen und ökonomischen Entwicklung“, wie es ein Bezirksvorsitzender im Jahr 1974 formulierte.¹³

3. Praxis-Indikator

Der dritte Anspruch der SED bestand darin, von der LDPD aus den Bezirken Rückkoppelungen und Resonanzen auf die im Zentralkomitee entworfenen, zentralistisch-dirigistischen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erhalten. Geschehen sollte dies zum einen über die Weiterleitung von Alltags- und Praxiserfahrungen durch LDPD-Funktionäre und -Mitglieder, etwa anhand von Informationsberichten. Besonders aber – und dies spielte offenbar eine weitaus gewichtigere Rolle – geschah dies über die von den Bezirksvorständen an die SED-Bezirksleitungen eingereichten sogenannten „Vorschläge“. Mit diesem Terminus bezeichnete man zum Teil sehr umfassende Aufstellungen von vor allem wirtschaftspolitischen Problemen

13 Einschätzung der am 18.10.1974 durchgeführten Bezirksdelegiertenkonferenz der LDPD in Dresden durch das Sekretariat des Bezirksvorstands der LDPD Dresden, undatiert, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (HStADD), Bestand SED-Bezirksparteiarchiv, V/C/2/15/695, Bl. 4.

und darauf bezogene Verbesserungsstrategien aus den jeweiligen Bezirksverbänden. Das Ziel der SED war es, über die territorial strukturierte LDPD ein Feedback aus den Bereichen zu bekommen, in denen ihr unmittelbarer Einfluss, der vor allem auf den SED-Betriebsgruppen basierte, nicht groß genug war. Auch hier sind besonders das Handwerk und das private Gewerbe zu nennen. Die Staatspartei versuchte sich dadurch in die Lage zu versetzen, etwaige politische Fehlentwicklungen der eigenen Politik genauer zu registrieren und im Bedarfsfall zu korrigieren bzw. unter Kontrolle zu bringen.

4. Legitimitäts-Lieferant

Ein vierter Anspruch der SED an die LDPD – und dieses Faktum bezog sich generell auch auf die übrigen Blockparteien – bestand in dem dauerhaften und engagierten Aufrechterhalten der „Suggestion sozialistischer Pluralität“¹⁴ im vermeintlichen Mehrparteiensystem der DDR. Die aktive und öffentlichkeitswirksame Ausführung dieser Funktion durch die LDPD war Teil der Legitimitätsinszenierung des SED-Staates als Ganzem. Durch die Teilnahme an diesem Spiel, das innenpolitisch etwa durch die Agitationsarbeit im Vorfeld von Volkskammer-, Bezirkstags- oder Kreistagswahlen spezielle Strahlkraft entfalten sollte, das aber auch durch Kontakte der LDPD in das sozialistische Ausland und durch das deutsch-deutsche Verhältnis zur FDP untermauert wurde, hatte die LDPD somit ihren Beitrag zur Legitimationsstiftung und Stabilisierung des DDR-Regimes zu leisten.

Zum ersten Punkt: der Funktion als Ideologie-Katalysator. Diese hier etwas technizistisch bezeichnete Annahme scheint zunächst wenig überraschend. Bereits in den 1980er Jahren schrieb Peter Joachim Lapp der LDPD die Funktion als gesinnungsmäßige „Gefolgschaftspartei“¹⁵ zu. Es ist jedoch schwierig, ex post die Wirkmächtigkeit der ideologischen Einflussnahme der LDPD-Bezirksvorstände auf die nachgeordneten Funktionäre und damit wiederum auf die politischen Überzeugungen der Parteimitglieder insgesamt in den Kreisen, Städten und Kommunen nachzuvollziehen. Gerade die Quellengattung der „Stimmungsberichte aus den Kreisen“, in denen die Meinungen der einfachen Parteimitglieder für die Berichterstattung der Bezirksvorstände „nach oben“ an den Zentralvorstand dokumentiert sind, lassen in ihrem „ausbalancierten“ Verhältnis von dezidiertem Zustimmung zur Politik der SED-Führung sowie den ebenfalls aufgeführten kritischen Stimmen wenig Raum

14 Gerhard Papke: Die LDPD (wie Anm. 3), S. 2436.

15 Peter Joachim Lapp: Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Block-Parteien heute. Köln 1988, S. 16.

zur Eruiierung der eigentlichen ideologischen Haltung der sogenannten „Basis“.

Unabhängig davon, wie hoch der tatsächliche Grad der Indoktrination der Mitgliedschaft durch die politische Agitationstätigkeit der LDPD auch gewesen sein mag: Ideologisierung bedeutete im politischen Alltagshandeln – abgesehen von der Schulung an den Parteibildungsstätten – vor allem die Erläuterung und Einordnung der Beschlüsse der SED gegenüber den einfachen Parteimitgliedern. Mit diesen kontinuierlichen Anstrengungen, koordiniert durch Bezirksvorstände, erzielte die Partei einen Effekt, der der Herrschaftsstabilisierung des SED-Regimes jenseits von reinen Gesinnungsfragen nutzte: Die Adressaten ideologischer Indoktrination wurden zu Sendern gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Problemlagen. So heißt es in einem Bericht der Abteilung Befreundete Parteien des Zentralkomitees (ZK) der SED aus dem Jahr 1969:

„Ihr spezifischer Platz im sozialistischen Mehrparteiensystem der DDR ist dadurch bestimmt, dass sie [...] ideologisch-politischen Einfluss auf die Bündnispartner der Arbeiterklasse nehmen und sie so zu befähigen, ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können in den Dienst unserer gemeinsamen sozialistischen Sache zu stellen.“¹⁶

Weit mehr als um die Schaffung „sozialistischer Persönlichkeiten“¹⁷ und die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Theorie ging es der SED um die Herstellung des dauerhaften unmittelbaren Kontakts der LDPD-Funktionäre zur Parteibasis – und damit letztlich um handlungsbezogene politische Praxis.

In einem Zeitzeugengespräch mit dem langjährigen Dresdner Bezirksvorsitzenden der LDPD Joachim von Jagow, der von Anfang der 1970er Jahre bis 1990 amtierte, wurde deutlich, welche pragmatischen Konsequenzen die Ideologisierungsarbeit der LDPD hervorbrachte. Auf die Frage nach der Bedeutung der Ideologisierung berichtete dieser wie folgt:

„Wenn man das so will, wollte sie [die SED, T.P.], dass wir politisch-ideologisch in den Schichten wirksam werden, und sie praktisch in den Aufbau der neuen Gesellschaft begleiten, oder sie mitnehmen. Wir haben nie von der kommunistischen Gesellschaft geredet – wird ja oft gesagt, DDR ist gleich kommunistische Gesellschaft, das ist alles Quatsch! Wir waren noch nicht mal bei der entwickelten sozialistischen Gesellschaft! Ich rede eigentlich von der sozialistischen Gesellschaft. Das Ziel war, diese sozialistische Gesellschaft zu gestalten. Dass das dann in die Hose ging, ist eine ganz andere Frage. Und das war das Ziel. Und ich glaube, dass der Anspruch an uns von Seiten der SED darin bestand, diese

16 Bericht der Abteilung „Befreundete Parteien“ des ZK der SED, undatiert, SAPMO, DY 30 IV A 2 15 15, unpaginiert.

17 Papke: Die LDPD (wie Anm. 3), S. 2432.

Schichten mitzunehmen auf dem Weg in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. [...] Und wenn Du das machst, wenn du dann mit dem Handwerker, dem Gewerbetreibenden die Fragen der Zukunft berätst, dann kommen die Kritiken von dem Einzelnen ‚ja das müsste besser und das und das geht nicht‘ und so weiter und sofort. Und daraus entstehen dann praktisch auch wiederum die Forderungen, dass das zu verändern ist, damit wir das machen können.“¹⁸

Also aus dem ideologischen Prinzip, so lässt sich aus den Schilderungen des Bezirksvorsitzenden von Jagow schlussfolgern, entwickelte sich durch den Kontakt der Funktionäre mit den Mitgliedern ein sachbezogenes Faktum als Rückmeldung, das dann einfließen konnte in die politischen Entscheidungsprozesse der LDPD-Führung und damit letztlich auch der Führung der SED.

Auf diese Interpretation hin im Interview angesprochen, stimmte von Jagow nach einer längeren Zeit des Nachdenkens zu: „Jaja. Ja, das ist der Kreislauf gewesen.“¹⁹

Es deutet sich nach den bisherigen Untersuchungen an, dass die Strategie der ideologischen Einflussnahme mittelbar auch im ideellen Nichterfolgsfall beim Einzelnen den oben beschriebenen Nutzen einer praxisbezogenen Stabilisierung des sozialistischen Herrschaftssystems der SED ganz wesentlich mitgeprägt hat.

Nun zum zweiten Punkt, der Funktion als Wachstums-Initiator. Es konnte nur Positives berichtet werden nach Berlin, nachdem am 18.10.1974 der Vorsitzende des LDPD-Bezirks Dresden sein Referat auf der Delegiertenkonferenz seines Verbands gehalten hatte. Der zweistündige Vortrag wurde als „parteilich, erzieherisch und als Einheit von Bilanz und Orientierung eingeschätzt.“ Er sei, so heißt es weiter in dem Bericht an den Zentralvorstand der LDPD „kritisch, polemisch, konstruktiv“ gewesen und habe die Delegierten dazu „begeistert“, „die künftigen Aufgaben noch besser zu lösen.“²⁰

Im Vorfeld war der Referent zu einem als „Konsultation“ bezeichneten Treffen geladen, das von dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung geleitet wurde. Weitere Teilnehmer dieser „Konsultation“ waren die SED-Bezirkssekretäre der Abteilungen Wirtschaft, Agitation und Propaganda sowie Staat und Recht. Zusätzlich nahmen noch der zuständige Mann des Wirtschaftsrats des Bezirkes und der Bezirksbaudirektor, die ebenfalls beide SED-Mitglieder waren, teil. Der LDPD-Funktionär traf also auf das nahezu gesamte politische „Who is who“ des Bezirkes.

Aus diesem Gespräch ging der Bezirksvorsitzende dann mit einer ganzen Liste von „zu berücksichtigenden Hinweisen“ heraus, die er kurze Zeit spä-

18 Interview Tilman Pohlmann mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.

19 Ebd.

20 Bericht des Bezirksvorstands der LDPD Dresden an den Zentralvorstand der LDPD vom 18.10.1974, HStADD, Bestand SED-Bezirksparteiarchiv, V/C/2/15/695, Bl. 2ff.

ter auf der Delegiertenkonferenz seinen Parteifunktionären als eigene politische Agenda zu verkünden hatte.²¹

Zur Veranschaulichung hier ein kurzer Überblick über diese praxisbezogenen politischen Vorgaben der SED, bei deren „Lösung“, so formulierte es der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Hans Modrow, „die LDPD im Bezirk entsprechend ihrer spezifischen Möglichkeiten einen bedeutenden Beitrag leisten kann.“ Solche waren etwa: „Die Verstärkung der Anstrengungen auf dem Gebiet der Dienstleistungen, insbesondere der Textilreinigung und der Versorgung der Bevölkerung; die Mithilfe bei der Sicherung des Wohnungsbauprogramms, der Werterhaltung einschließlich des Um- und Ausbaus sowie Erhöhung der Zahl der Kindergarten- und Krippenplätze.“

Ein weiterer Bereich betraf die sog. „Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der Arbeit mit den Abgeordneten“. Dies beides sei „weiter zu qualifizieren“, wie der 1. SED-Bezirkssekretär betonte. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen müsse „gründlicher angewendet und ausgenützt zu werden, der Erfahrungsaustausch und die Lösung solcher Aufgaben wie der territorialen Rationalisierung seien zielstrebig zu organisieren. Große Aufmerksamkeit müsse auch dem Erholungswesen gewidmet werden.“ Die LDPD hatte im Rat dieses Bezirkes in den 1970er Jahren die Leitung des Ressorts Erholungswesen inne.²² Diese Beispiele belegen die konkrete Erwartung der SED an die LDPD zum politisch-gelenkten Handeln bis in einzelne Segmente von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ebenso wie die Erfüllung von Aufträgen politischer Anleitung forderte die SED jedoch punktuell auch die wachstumsbezogene Eigeninitiative der „befreundeten Partei“ im – wie es hieß – „Bezirksmaßstab“ ein. Diesem Anspruch kam die LDPD immer wieder nach. Das folgende Beispiel illustriert dies: 1975 wurde vom Dresdner LDPD-Bezirksvorstand eine Analyse über die Produktivität der Backwarenbetriebe angefertigt. Als verantwortliches Segment des alltäglichen Bedarfs hatte das Backwarenhandwerk für die Bevölkerung des Bezirkes eine große Bedeutung. Mitte der 1970er Jahre wurde die Versorgung der Bevölkerung mit Backwaren laut einer Aufstellung der LDPD zu über 50% durch das private Bäckerhandwerk abgedeckt. Der bereits erwähnte Bezirksvorsitzende der LDPD von Jagow erinnert sich daran wie folgt:

„so, und da juckte uns das schon, wie die Ausrüstung der Bäcker veraltete und keine neue nachkam. Das war völlig ungenügend. Zum Beispiel bei den Backöfen. Das waren noch alles Kohlebacköfen! Da haben wir mit den Kreisen und mit den Parteimitgliedern, die Bäckereien hatten eben eine Analyse gemacht und mal [...] aufgelistet, was benötigt wird an Ausrüstung, auch bei steigendem Be-

21 Ebd.

22 Ebd., Bl. 5.

darf. So. Und sind mit dieser Liste zu ihm hingezogen [gemeint ist der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Hans Modrow, T.P.] und haben das auf den Tisch gelegt. Und unser Hintergedanke war darüber hinaus, dass die im Bezirk ansässigen Volkseigenen Betriebe, die ähnliche Dinge produzierten, aus der Überproduktion mal für den Bezirk was zur Verfügung stellen und damit mal mehr herauskommt als normalerweise über die Plankommission. Und da hat er zugestimmt. Aber das musste er natürlich auch erst über Berlin regulieren. Und da ist dann schließlich auch nichts draus geworden, weil er dann oben eben auch nicht durchkam.“²³

An diesem Fall wird zweierlei deutlich: erstens, dass die LDPD auf Bezirksebene nicht, wie oben skizziert, nur auf Anweisung, sondern durchaus auch eigeninitiativ Klientelpolitik betrieben hat und dabei versuchte, ihre marginalen Handlungsspielräume zu nutzen. Und zweitens, dass es auch auf der Anspruchsseite der SED durchaus Differenzen innerhalb der verschiedenen Parteihierarchiestufen gegeben hat, die im Einzelfall genau zu prüfen sind. Dass der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung im angesprochenen Beispiel laut der Schilderung des ehemaligen Bezirksvorsitzenden der LDPD „in Berlin auch nicht durchkam“ – also bei der Fachabteilung des ZK der SED bzw. dem Politbüro und der staatlichen Plankommission –, verweist auf die Prärogative der Spitzengremien im SED-Regime gerade im Bereich der Wirtschaftsplanung, die jeglichen Bottom-Up-Impulsen einen Riegel vorschieben konnten. Dennoch waren diese politischen Initiativen der LDPD von der SED durchaus gewollt.

Dies leitet über zu dem dritten und letzten hier ausführlicher dargestellten idealtypischen Herrschaftsanspruch der DDR-Staatspartei an die Liberaldemokraten: der Funktion der LDPD als Praxis-Indikator. „Wir sind entschlossen, die Aufgaben, die die Bezirksdelegiertenkonferenz Gera der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschließen wird, als Bündnispartner in Ehren erfüllen zu helfen.“²⁴ Mit dieser verbalen Devotionsgeste eines vorseilenden Gehorsams schloss Raimund Kolbe, der Bezirksvorsitzende der Geraer LDPD im Frühjahr 1986 sein persönliches Anschreiben an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung. Als Anlage sendete er ein umfangreiches Dokument mit, dessen Inhalt nach gegenwärtigem Erkenntnisstand das Maximum formal-politischer Einflussmöglichkeit der liberaldemokratischen Politik auf Bezirksebene enthielt: die sogenannten „Vorschläge und Hinweise“ der LDPD an die SED. Zusammengetragen aus Einzelfallanalysen, monatlichen Informationsberichten, Abschlussberichten der Jahreshauptversammlungen, Kommissionsberichten, persönlichen Unterredungen und Beschlüs-

23 Interview des Verfassers mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.

24 Vorschläge des Bezirksvorstandes Gera der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands an die Bezirksleitung Gera der Sozialistischen Einheitspartei vom 8. und 9. Februar 1986, ADL, Bestand LDPD, 33031, Bl. 4.

sen der Sekretariate der Bezirksvorstände der LDPD spiegelten diese Vorschläge zum einen sachbezogene, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Problemlagen aller Politikfelder der Bezirke wider und gaben so der SED entscheidende Rückkoppelung zu fehlgeleiteten Konzeptionen ihrer zentralistisch-autoritären Politikführung. Zum anderen boten sie zugleich unmittelbare Lösungsvorschläge der Liberaldemokraten für eben diese Probleme an. Der Abteilungs-Sekretär für „Befreundete Parteien“ der SED leitete diese Vorschläge nach Erhalt innerhalb der SED-Bezirksleitung an die entsprechenden Fachabteilungen weiter, von wo aus sie dann an das Sekretariat zur weiteren Beschlussfassung gingen. In Antwortschreiben der SED an die Bezirksverbände der LDPD wurden die eingegangenen Vorschläge dann kommentiert und bewertet, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

„Vorschlag: Zur materiellen Versorgung der PGH [Produktionsgenossenschaften des Handwerks, T.P.] und privaten Handwerksbetriebe:

Es sollte geprüft werden, inwieweit durch gezielte Leistungsmaßnahmen eine sortiments-, qualitäts- und zeitgerechte Bereitstellung benötigter Materialien, Ersatzteile und Werkzeuge dauerhaft gesichert und verbessert werden kann. So sollten ab 1988

- die Bedarfsermittlung und Materialplanung im Handwerk selbst ausgebaut und qualifiziert werden;
- Möglichkeiten geschaffen werden, dass PGH, ELG [Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks, T.P.] und Handwerksbetriebe direkt im Einzelhandel solche Werkzeuge und Kleinmechanismen kaufen können, deren Angebot die Nachfrage der Bevölkerung übersteigt bzw. überlagert sind (länger als 1 Jahr);
- Überplanbestände im Handwerk, die im Ergebnis diskontinuierlicher Bereitstellung durch den Produktionsmittelhandel oder die Industrie entstehen, generell nach den Kreditbestimmungen für im volkswirtschaftlichen Interesse liegende Überplanbestände mit Zinsabschlägen kreditisiert werden.“

Antwort:

Verwirklicht werden könnten jene Vorschläge, die die Bedarfsermittlung und die Bedarfsanforderung betreffen. Nicht akzeptiert werden kann der Vorschlag, dass Handwerksbetriebe überlagerte Werkzeuge oder Kleinmechanismen im Einzelhandel kaufen dürfen. Hierzu müssten die Materialbörsen genutzt werden. Nicht akzeptiert werden kann auch der Vorschlag, Überplanbestände, die aus o.g. Gründen im Handwerk entstehen, generell nach den Kreditbestimmungen für in volkswirtschaftlichem Interesse liegenden Überplanbeständen mit Zinsabschlägen zu kreditisieren.²⁵

Diejenigen Impulse, die nicht bereits im Vorfeld am Veto der SED scheiterten, hatten prinzipiell also die Chance, über die verschiedenen ständigen Kommissionen der Bezirkstage Eingang zu finden in die legislativen Gesetz-

25 Antwortschreiben der SED u. a. an den Bezirksvorstand Gera der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 10.4.1986, ADL, Bestand LDPD, 33031, Bl. 18-20.

gebungsverfahren. Dies geschah jedoch vielfach entweder mit großer Verzögerung oder wurde textuell bis zur Unkenntlichkeit innerhalb der SED-Apparate verfremdet und ließ dann häufig kaum mehr die Urheberchaft der LDPD erkennen. Dazu sei noch einmal aus dem Interview mit dem ehemaligen Dresdner Bezirksvorsitzenden der LDPD von Jagow zitiert:

„Das Feedback war – das gab es, aber ich will mal sagen, was mit a und b und c werden soll, das ist ein bisschen nebulös gewesen. Du hast dann natürlich – es gibt da ein Beispiel, wir haben mächtig gekämpft, dass die steuerliche Anerkennung der Löhne der mithelfenden Ehefrauen durchkommt, das ist dann auch realisiert worden, aber über welche Umwege und welchen Zeitraum der Realisierung, das kann ich jetzt nicht mehr sagen, das weiß ich nicht mehr so genau [...]. Das ist schon etwas deprimierend, wenn man seine eigenen Ideen nicht durchbekommt. Ist aber auch auf der anderen Seite – und das dann zunehmend – der Beweis, dass Du eben keinen großen Einfluss nehmen kannst. Und Du stehst dann auch an der Basis Rede und Antwort, Du wirst ja dann auch gefragt auf den nächsten Mitgliederversammlungen: „Das hat sich immer noch nicht verbessert?“ So ungefähr. Das zu begründen, da resignierst Du und sagst: Das kannst Du nicht ändern. Zum großen Teil wurde das ja immer [von Seiten der SED, T.P.] mit Schwerpunkten, die gegenwärtig woanders liegen, finanziellen Möglichkeiten, die nicht da sind usw. und sofort begründet. Da gibt es natürlich auch manchmal, je nachdem wie groß das Hemd ist, auch die Einsicht: „Na gut, dann machen wir es nächsten Jahr.“ Und dann passiert auch wieder nichts. Schwer zu sagen. Das ist ein zähes Ringen immer wieder, der Wille, das noch einmal zu versuchen oder praktisch mit anderen Lösungen auszubessern bis zu dem Punkt, wo du eben in den 1980er Jahren dann sagst: Es geht nicht mehr. Es geht nicht mehr. Ja? Und – diese Einsicht, dass die volkseigene Wirtschaft mit ihrem sozialistischen Wettbewerb nicht in der Lage ist, mit der freien Konkurrenz gleichzuziehen, ist dann eine Einsicht, die am Ende, die in letzter Konsequenz, zu 1989 geführt hat.“²⁶

Die einzig ernstzunehmende Form strukturellen politischen Initiativhandelns für die LDPD waren dennoch genau diese „Vorschläge“, die sich letztlich deckten mit dem Anspruch der SED auf Resonanz aus den ihr fernstehenden Schichten in den Kreisen und Bezirken der DDR. In Bezug darauf, welcher Art diese Vorschläge waren, verfügte die LDPD durchaus über einen gewissen Grad an politischem Spielraum, die Realisierbarkeit hing jedoch ausschließlich an den Entscheidungswegen und den Positionen innerhalb der SED, die politische Autonomie verlief nur innerhalb des von der SED gesteckten Rahmens. Es mutet daher schon paradox an: Gerade dadurch, dass die LDPD im Bezirksmaßstab punktuelle Initiativen und relativ autonome politische Vorstellungen entwickeln konnte, degenerierte dies durch die Filter-Struktur des Herrschaftsapparates der SED zu instrumentalisierter Zuarbeit und damit letztlich zu eigenmachtloser Herrschaftsstabilisierung

26 Interview Tilman Pohlmann mit Joachim von Jagow vom 22.5.2015.

IV.

Von der LDPD konnte in den Bezirken der DDR jenseits der ihr durch die SED zugedachten Funktionen keine „eigensinnige“ politische Handlungswirksamkeit entwickelt werden. Die politischen „Freiräume“ waren von der herrschenden Staatspartei der Einheitssozialisten bewusst gesetzt. Darüber hinausgehende Einflussmöglichkeiten konnten die Liberal-Demokraten auf Bezirksebene nicht für sich reklamieren. Damit fanden sich die Parteikader letztlich während des gesamten Untersuchungszeitraumes ab.

Selbst im Sommer 1989, als die DDR bereits im Begriff war, sich vor aller Augen aufzulösen, belegen verschiedene Treffberichte von Bezirksvorsitzenden der LDPD mit dem MfS noch deren institutionelle Staats- und Bündnistreue. Auch die hohen liberal-demokratischen Funktionäre sahen jedoch, dass die Zeit des SED-Regimes abgelaufen war und damit zugleich ihre Rolle als „politische Zulieferer“ und Repräsentanten einer „befreundeten“ Partei.

Es sei zum Schluss noch einmal auf Klaus-Peter Weichenhain zurückgekommen, mit dessen Apell diese Überlegungen zum Verhältnis von LDPD und SED begonnen haben.

In Aufzeichnungen, die er vor einigen Jahren als Konvolut von Arbeits-Notizbüchern dem Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde übergeben hat, lässt sich die Aufkündigung der „Bündnistreue“ anschaulich nachvollziehen. Im Sommer 1989, der Endphase des sozialistischen Einheitsstaates, notierte er neben seinen Mitschriften zu einer Sitzung des Zentralsekretariats der LDPD als Nebengedanken: „Die DDR ist keine Grundorganisation der SED“.²⁷ Die politische Wende 1989 und die damit verbundene Erosion des Herrschaftsgelbes in der DDR brachte offenbar auch die persönliche Wende bei Weichenhain auf den Weg. An die Stelle des SED-treuen Pathos der eingangs zitierten Rede war der Ton eines bitteren ironischen Abgesangs getreten.

27 Notizbücher Weichenhain, undatiert, SAPMO, Nachlässe, NY 4631, Verl. 12, unpaginiert.

